

Analyse: Ratspräsidentschaft Griechenland

Hoffnung – die griechische EU-Ratspräsidentschaft 2014

Seit 1. Jänner hat nun Griechenland für die erste Jahreshälfte 2014 zum fünften Mal den Vorsitz im Ministerrat der EU inne. Das flehende Motto ist „Hoffnung“ und soll auf die Ziele „Einsparungen, Wachstum und die Bekämpfung der illegalen Migration“ hinarbeiten.

Zwischen innenpolitischer Zerrissenheit und Druck von außen kämpft Griechenland um sein internationales Ansehen. Gleich wie für Irland 2013 ist es aber unmöglich, die Rolle als Ratspräsident von der Rolle als Krisenland zu trennen. Außerdem fallen die Wahlen zum Europäischen Parlament vom 22. bis 25. Mai, für die das linke Bündnis (SYRIZA) aber auch die rechtsextremistische „Goldene Morgenröte“ große Zustimmung finden, in die Präsidentschaft. Die Regierung von Antonis Samaras verliert zunehmend den Rückhalt in der Bevölkerung. Umfragen zeigen, dass die aktuelle Koalition aus Konservativen (Nea Dimokratia), Sozialisten (PASOK) und der Demokratischen Linken (Dimar) bei Wahlen keine Mehrheit mehr hätte. Die Regierung hat also eine erfolgreiche Ratspräsidentschaft nötig. Griechenland wird vorrangig darum kämpfen, wieder ernst genommen zu werden. Es müssen Erfolge sichtbar gemacht und es muss gezeigt werden, dass es wieder bergauf geht. Zusätzlich soll – auch bei den Kosten der Präsidentschaft – erkennbar sein, dass man in der Lage ist, verantwortungsvoll zu wirtschaften.

WIRTSCHAFT UND BANKEN

Erstmals seit Jahren soll es heuer zu einem kleinen Wachstum von 0,6 Prozent kommen. Zumindest sieht dies der griechische Haushalt so vor. Auch einen Primärüberschuss von knapp drei Milliarden soll es Ende 2014 geben. Griechenland tut also gut daran, auch in Europa Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums zu unterstützen um seinen Spielraum zu erweitern.

Auch der – schon längst fälligen – Umsetzung der Bankenunion kommt zentrale Bedeutung zu. Damit sollen Sparer besser geschützt und der Steuerzahler bei Pleiten geschont werden.

ARBEITSLOSIGKEIT

Griechenland fordert mehr Einsatz gegen die hohe Arbeitslosigkeit in den südlichen EU-Ländern. Im eigenen Land stieg die Quote im November 2013 auf die Rekordhöhe von 27 Prozent. Wie weit ein weiteres Hilfspaket, wie vom deutschen Finanzminister Schäuble in Aussicht gestellt, hier hilft oder schadet, hängt von dessen Ausgestaltung und Auflagen ab. Weiteres Sparen würde die Situation möglicherweise verschlechtern.

MIGRATION UND FLÜCHTLINGE

Ein Thema, das in der gesamten EU von Bedeutung ist, ist die prekäre Flüchtlingsfrage und die damit verbundene Situation in Syrien und anderen Mittelmeer-Anrainerstaaten. Es bleibt zu hoffen, dass Griechenland hier – insbesondere bei den humanitären Aspekten – Fortschritte erzielt. Es geht dabei nicht zuletzt auch um die Bekämpfung rechtspopulistischer, nationalistischer und xenophober Strömungen, die ganz Europa lähmen.

FREIHANDELSABKOMMEN UND MILITÄREINSÄTZE

Nicht zu vergessen ist, dass die Verhandlungen für die geplante transatlantische



Briefmarke anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft

Freihandelszone zwischen den USA und der EU nicht so verlaufen, wie man sich das vorgestellt hatte. Am Datenschutz, den VerbraucherInnenrechten und an mangelnder Transparenz in den Verhandlungen – um nur einige Stichworte zu nennen – harkt es sich. Auch eine bessere Koordinierung von Militäreinsätzen – unter anderem in Afrika – soll zur Sprache kommen.

Bleibt zu hoffen, dass Griechenland die wichtige Chance der Ratspräsidentschaft nicht ungenutzt verstreichen lässt und die Kräfte, die sich für eine verhältnismäßigere Austerität und aktive Förderung des Wirtschaftswachstums stark machen, unterstützt.

STEFAN ONZEK,
JG Döbling